

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1932/III/153

Fernsprecher 7 09 51/52

17, Hildesheimer Straße 33

Die Pariser Europa-Konferenz

Von Dr. G. Lütken, Hannover

In Paris tagt seit einiger Zeit ein Komitee von Vertretern der am Brüsseler Pakt beteiligten fünf nordwesteuropäischen Staaten, um zu erwägen, wie man "ein größeres Maß von Einheit unter den europäischen Ländern" herbeiführen könne. Darüber, wie diese brennende Frage voranzutreiben sei, sind unglücklicherweise die Meinungen der Beteiligten geteilt. Insbesondere stehen sich die Auffassungen der englischen Labour-Regierung einerseits und die Frankreichs, der Belgien sich im wesentlichen angeschlossen hat, andererseits gegenüber. Die Londoner Regierung wünscht zögernder vorzugehen als die Regierungen der kontinentalen Länder.

Es handelt sich dabei nicht um Verschiedenheiten der Auffassungen, die etwa mit den innenpolitischen Parteischiedungen von links und rechts parallel liefen. Die französischen Sozialisten unterstützen durchaus das weitergehende Programm. Andererseits stellen auch die englischen Konservativen weitergehende Forderungen, als sie die englische Regierung sich bisher zu eigen gemacht hat. Diese Verschiedenheit der Auffassungen trat vor Zusammentritt des Pariser Komitees in den Debatten des englischen Parlaments deutlich zu Tage, als Churchill die Regierung angriff, weil die englische Delegation nicht interparteilich zusammengesetzt sei, und weil sie von dem früheren Schatzkanzler Dalton geführt werde, der als Anwalt für eine mögliche Zurückhaltung Englands gegenüber der Frage einer europäischen Einigung gilt. Dalton ist ein Hauptverfechter der auf eine gewisse Selbstgenügsamkeit gerichteten wirtschaftlichen Planungspolitik.

Das zurzeit tagende Komitee war im Oktober von den Regierungen der fünf Brüssel-Länder auf Drängen der französischen Regierung eingesetzt worden, nachdem die außenpolitische Kommission der französischen Kammer mit 21 : 6 Stimmen eine Resolution angenommen hatte, die sich für Bildung einer europäischen konstituierenden Versammlung aussprach. Bei der englischen Zurückhaltung sprachen neben wirtschaftspolitischen Erwägungen und Rücksichten auf das Commonwealth auch politische Überlegungen mit. Eine europäische Konföderation, welcher Art immer, würde zur Mehrheit aus kontinentalen Ländern bestehen. In England mit seinem Zweiparteiensystem befürchtet man wohl auch, daß, bei der Parteienvielfalt auf dem Kontinent die Bildung von funktionsfähigen europäischen Regierungsorganen auf große Schwierigkeiten stoßen werde.

Die Franzosen und Belgier schlagen nun vor, eine repräsentative Vertretungskörperschaft für Europa zusammenzurufen. Sie soll nur beratende Aufgaben haben und wäre demnach ein Sprachrohr öffentlicher Meinungen. Diese Versammlung sollte durch die Volk-

vortretungen der beteiligten europäischen Länder, also indirekt, gewählt werden. Demgegenüber sieht der von London vorgeschlagene Plan einen Europäischen Rat vor, gleichfalls ohne gesetzgeberische oder Exekutivfunktionen, zusammengesetzt aus Delegationen, die von den Regierungen entsandt und diesen politisch verantwortlich sind. Es würde sich also um periodisch stattfindende Ministerkonferenzen handeln. Den englischen Plan könnte man wohl am besten in Analogie mit der Organisation der Vereinten Nationen verstehen. Er läuft im Grunde auf die Bildung eines europäischen Regionalpakts hinaus, wie sie die Satzung der Vereinten Nationen vorsieht. Der Brüsseler Pakt an sich erfüllt die an einen solchen Regionalpakt zu stellenden Anforderungen noch nicht, weil er "offen" ist, d.h. nicht alle jene Staaten umfaßt, die in der durch diese Militärallianz zu verteidigenden Region, nämlich "in Europa", wie es im Brüsseler Pakt heißt, liegen.

Die Initiative für die Schritte, die jetzt in Paris zur Erörterung stehen, soll ja von den fünf Ländern, die den Brüsseler Pakt unterzeichnet haben, ausgehen. Zur Beteiligung an den so etwa entstehenden Institutionen sollen alle Länder aufgefordert werden, die Mitglieder des OEEC, also am Marshallplan beteiligt sind. Bemerkenswert ist, daß nach dem französischen Plan die französische Zone in der OEEC gesondert vertreten ist und also unter Umständen auch gesondert repräsentiert sein würde.

In die Verhandlungen haben sich einige der privaten Organisationen, die den Europa-Gedanken zu fördern versuchen, eingeschaltet, vor allem die Bewegung für europäische Einheit, deren Vorsitz bei Churchill, Léon Blum, de Gasperi und A. A. liegt. Von ihnen wird dem Komitee eine Art Kompromißvorschlag vorgelegt, wonach sowohl ein Rat der Regierungen, wie eine konsultative Vertretungskörperschaft gebildet werden sollen, wobei jener Empfehlungen des Parlaments zu prüfen verpflichtet sein sollte. Wie der französische Vorschlag, versucht also auch dieser, eine von der Volkmeinung aus wirkende Maschinerie in Gang zu bringen, die die Regierungen möglicher Weise auf die Einigung Europas hindrängen könnte. Ob in übrigen eine Einigung Europas wird überhaupt vorangetrieben werden können, solange nur gemeinsame Institutionen konsultativen Charakters ins Auge gefaßt werden, ist eine Frage, die zurzeit politisch nicht aktuell ist. Die Klausel des Bonner Grundgesetzes, wonach "Hoheitsrechte durch Gesetz auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen" werden können, ist noch nicht zum Maxime der derzeitigen europäischen Diskussionen geworden.

Das Fiasko der KPÖ

-s Wien, Mitte Dezember

Die Kommunisten haben in Österreich die gleiche undankbare (und unerfüllbare) Aufgabe wie in Deutschland: sie sollen den Monarchen einreden, daß alles gut ist, was Moskau tut und befiehlt, während sich jeder jederzeit durch Lokalaugenschein überzeugen kann, daß dies alles nicht gut ist. Was in den Ostzonen (auch in Österreich) jeder täglich am eigenen Leib und Gut erlebt, soll ihm eine Zeitung ausreden.

Die Kommunisten haben in Österreich im Herbst 1945 nur fünf Prozent der Wählerstimmen gewinnen können; wenn es bei den Neuwahlen 1949 mit rechten Dingen zugeht, so wird die Kommunistische Partei (KPÖ) diesen Bestand kaum behaupten. Der Anschauungsbericht, den zuerst die Rote Armee und seither die Besatzungsmacht gab, hat auch die Ideellen bekehrt; nur Opportunisten und Nutznießer sind geblieben. Der Arbeiter sieht auch in Österreich in der Sozialistischen Partei (SPÖ) seine einzige Vertretung; hat man 1945 bereits 45 Prozent der Stimmen erhalten, so werden es 1949 wahrscheinlich noch mehr sein (hatte doch eine jüngst durchgeführte Werbekaktion allein einen Zuwachs von guten 60.000 eingeschriebenen Mitgliedern gebracht!).

Die Kommunisten haben sich demaskieren müssen; es sind Agenten einer ausländischen Macht zum Vorschein gekommen. Die Demaskierungsaufgabe wurde von den Rednern und der Presse dadurch besorgt, daß alle Maßnahmen der Sowjets verteidigt oder gelobt wurden, die Österreich schaden und im besonderen seine wirtschaftliche Erholung verzögern, in manchen Gebieten unmöglich machen. Dabei schlägt man früh, mittags, abends und nachts der Wahrheit ins Gesicht, zum Beispiel:

1. In Wien und der sowjetisch besetzten Ostzone Österreichs werden Menschen entführt; die Kommunisten sprechen von "unbekannten Vätern in der Uniform einer Besatzungsmacht". An der Bausbrücke, an der Zonengrenze halt man hohe Staatsbeamte, Erdölfachleute usw. aus Zug oder Auto und sie kommen kaum jemals wieder. Es will mit dem ein Fassbericht, daß sie im Dienst der Amerikaner Spionage gegen Sowjetrußland getrieben hätten. Aber das Ansuchen um ein öffentliches Gerichtsverfahren wird abgelehnt. Die KPÖ muß in Rede und Presse die Maßnahmen verteidigen.

2. Die Sowjets verwalten eine Reihe Betriebe, die ihnen in Potsdam als ehemals "deutsches Eigentum in Österreich" zugesprochen wurden; der Anspruch ist zwar problematisch, aber die Betriebe sind jedenfalls in russischer Hand, werden ausgeschrottet oder, wenn sie arbeiten, ausgebeutet. In den Staatsvertragsverhandlungen ist dieser Besitz der wesentliche Streitpunkt; nach dem letzten Stand würde ein Rückkauf durch Österreich vorgesehen. Auf diese Weise wird aber Österreich z.B. fast die ganze, ansehnliche Erdölförderung (Jahreshöchstleistung während des Krieges über eine Million Tonnen) entzogen. Diese Unternehmen machen ihren eigenen Außenhandel; d.h., sie liefern an die Ostsatelliten und an Rußland soviel wie möglich und erhalten dafür allzufalls gerade sovjet,

als, sie zur Bezahlung der Löhne in Österreich brauchen. Diese Sowjetbetriebe bilden einen "Start im Starte" und empfangen ihre Weisungen von Moskau. Immer wieder werden Werksleiter, Ingenieure und auch Arbeiter zu Kontrollen geladen und kehren nicht zurück. Die KPÖ muß die Methoden verteidigen.

3. Österreich hatte 1937 ausreichend Lokomotiven und Waggonen. Nach dem Anschluß 1938 wurden es "deutsche Waggonen und Lokomotiven", kamen in alle Welt und andere Garnituren kamen nach Österreich. Nach 1945 war schließlich die Rechtslage so, daß Österreich nichts mehr gehörte; beschlagnahmtes Material wurde aber zum großen Teil Österreich belassen. Nun, im Herbst 1948, verlangen die Sowjets binnen wenigen Wochen über 500 Lokomotiven und 6000 Waggonen als "Beutegut" zurück. Die Garnituren gehen nach Ungarn, werden übernommen - und sollen, wie es heißt, gegen Westdevisen Österreich wieder zum Kauf angeboten werden. Das stört natürlich den Wirtschaftsverlauf, die Bahnen müssen den Verkehr einschränken - aber das ist ja der Zweck der Übung, und die kommunistische Presse rühmt das Entgegenkommen der Russen, die erst 1948 nahen, was sie 1945 zu nehmen schon berechtigt gewesen wären...

Mit der Beschönigung solcher (und vieler ähnlicher) Vorgänge sind die Kommunisten Österreichs so eifrig beschäftigt, daß sie die Vertretung der Arbeiterinteressen den Sozialisten überlassen müssen. Und die Arbeiterschaft hat es seit langem gemerkt. Sie sieht auch, daß in den Russenbetrieben keineswegs jene Grundsätze gelten, die man von Österreich verlangt, um durch Hetzpropaganda die Entwicklung zu stören. Allerdings erhalten sie immer wieder einmal die gebührende Antwort, so wenn der Außenminister auf eine Polemik gegen das geplante österreichische Bundesheer erwidert: "Wenn der (KPÖ)-Abgeordnete Fischer das zukünftige Bundesheer ein Bürgerkriegsinstrument nennt, so antworte ich: nur dann, wenn es einen kommunistischen Putsch gibt". Und die sozialistische "Arbeiterzeitung" hat die Redner und Publizisten der KPÖ treffend bezeichnet als die "Wagentürlaufmacher der sowjetischen Menschenentführer...."

Als Rußland 1939 Polen befreite...

sp. Walter Ulbricht (SED) erörterte in langen Ausführungen die Frage: "Auf welcher Grundlage ist die deutsch-polnische Freundschaft möglich?" Er bekennt sich erneut zur Balzhaltung der Oder-Neisse-Linie und sagt dann im einzelnen:

Die Sowjetunion hat sich erst am 17. September 1946 durch Molotow auf die Oder-Neisse-Linie festgelegt. Das deutsche Volk brachte nicht die innere Kraft auf, beim Sturz der Hitler-Herrschaft Wesentliches zu leisten, weil der alte Chauvinismus noch tief im deutschen Volk wurzelte. Selbst jetzt, nachdem in einem Drittel Deutschlands die Grundlagen einer neuen demokratischen Ordnung geschaffen sind, ist es nicht gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung in Berlin und Westdeutschland dafür zu gewinnen. Das heißt, daß die Grundlagen des deutschen Imperialismus in Westdeutschland erhalten geblieben sind. Die Sowjetunion wartete zunächst die Entwicklung ab. Das deutsche Volk hatte die Möglich-

keit, durch eine schnelle und entschlossene demokratische Entwicklung das Ausmass der zu erwartenden Gebietsverluste zu beeinflussen. Diese letztemöglichkeit wurde von den nationalistischen, antidemokratischen, antibolschewistischen Elementen in der Führung der westlichen Sozialdemokratie, der westlichen Christlichen Union und der westlichen LDP vollständig verschüttet. Indem die Führer der alten reaktionären Parteien die Hetze des damaligen Außenministers Byrnes und seine aggressive Politik gegen Polen und die Sowjetunion unterstützten, haben sie selbst dafür gesorgt, daß die Oder-Neisse-Grenze von der Sowjetunion als die einzig mögliche Friedensgrenze und als strategisch notwendige Grenze betrachtet wird. Die Mehrheit der Abstimmenden unterlag den Argumenten der amerikanischen Kriegshetzer. Drei Tage später, am 23. Oktober 1946, erklärte Stalin: Die Sowjetunion betrachte die Grenze Polens als endgültig. So haben die Schumacher, Kaiser und Konsorten die ehemaligen Ostgebiete endgültig verspielt.

Als Hitler 1939 den Überfall auf Polen durchführte, "verhinderte die Sowjetarmee das weitere Vordringen der deutschen Truppen, indem sie die Teile Polens befreite, die zu Weissrussland und zur Ukraine gehörten."

Wenn das deutsche Volk gutnachbarliche Beziehungen zum volkdemokratischen Polen herstellen will, muss es entschlossen den Bruch vollziehen mit den verhängnisvollen antipolnischen und antisowjetischen Traditionen. Vernichtung des Nationalismus und aller Revanchetendenzen in Deutschland, das heisst vor allem: Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze als Friedensgrenze. Es gibt also für uns Deutsche keine Grenzfrage.

Soweit die Argumentation Ulbrichts, die er mit der Feststellung abschliesst, es sei nun Aufgabe der SED-Funktionäre, die Bevölkerung von der Richtigkeit dieses Standpunktes zu überzeugen. Diese Funktionäre sind zu bedauern, denn es wird ihnen schwer fallen, irgendjemandem die Ulbricht'sche Version glaubwürdig zu machen, dass die Rote Armee im Herbst 1939 Polen befreit hat. Das ist eine etwas zu leichtfertige Spekulation mit der Vergesslichkeit der Menschen. Ebenso fadenscheinig ist die Behauptung, dass die Sowjetunion sich erst im Herbst 1946 entschlossen hat, die Oder-Neisse-Grenze festzulegen, denn die Polen haben sich an diesem Gebiet vom ersten Tag des deutschen Zusammenbruchs an auf Daueranwesenheit eingerichtet. Sie hätten das ohne das Einverständnis Moskaus kaum gedurft. Herr Ulbricht muss sich schon überzeugungskräftigere Argumente ausdenken, um den freiwilligen Verzicht auf das Gebiet jenseits von Oder und Neisse vor der deutschen Bevölkerung - im Osten wie im Westen - zu rechtfertigen.

Erkenntnisse der Berliner CDU

sp. Während die Sozialdemokratie ihren Stimmenanteil in Berlin von 58,8 auf 64,5 Prozent steigern konnte, hatte die CDU einen Rückgang von 23,8 auf 19,4 Prozent zu verzeichnen. Jakob Kaiser wollte sich nach dieser Schlappe in den Schmollwinkel zurückziehen. Der Landesausschuss der Berliner CDU hat jedoch mit grosser Mehrheit beschlossen, sich weiterhin an der Zusammenarbeit der drei demokratischen Parteien zu beteiligen.

17. Dezember 1948

Nach dieser Entscheidung veröffentlicht "Der Tag", das Berliner CDU-Organ, eine bemerkenswerte Betrachtung zur Wahlentscheidung. Darin heisst es:

"Die parteipolitische Entwicklung in Westdeutschland wird in Berlin mit seinem lebhaften Presseloben sehr genau betrachtet. In der Union Westdeutschlands aber spielten sich manche Vorgänge ab, die bei dem kritischen Beobachter - und das soll der Wähler sein, um den man wirbt - den Eindruck mangelnder Klarheit und Einheitlichkeit hervorrufen mussten. Was in der bayerischen CSU an Gegensätzen, Kämpfen, Gruppenbildungen bekannt wurde, verbuchte Berlin... Auch Auseinandersetzungen, wie die um Schlange-Schöningen, den die Sozialdemokratie gegen die eigene Partei stützen musste, wirkten in diesem Sinne negativ."

Weiter liest man in diesem am 14. Dezember veröffentlichten Artikel des "Tag":

"Das konnte um so eher geschehen, als im Blickfeld des Berliner Bürgers der Union jene einheitliche organisatorische Grundlage fehlt, die er etwa bei der Sozialdemokratie zu sehen glaubt... Jener belobende Impuls, den die Sozialdemokratie ihrer, auf der Berliner Insel kämpfenden Parteiorganisation gab, blieb der Berliner CDU versagt."

Wer zu lesen versteht, erkennt aus diesen Äusserungen die Enttäuschung der Berliner CDU-Leute über die zweifelhafte Unterstützung, die ihnen etwa Dr. Adenauer während des Wahlkampfes zuteil werden liess. Er kam zum ersten Mal seit 1945 nach Berlin, erklärte die Sozialdemokratie zum Hauptfeind und teilte der Presse mit, dass er sich über die Frage der deutschen Hauptstadt noch keine feste Meinung gebildet habe. Mancher meinte, er sei einzig und allein gekommen, um Jakob Kaiser "eins auszuwischen". (b/1712/2/he)

Versuche am untauglichen Objekt

Von Dr. Arnold Hille, Mitglied des bayerischen Landtags

Eigentlich sind es zwei Objekte: Der Art. 14 der bayer. Verfassung und die Menschen. Es handelt sich um den Entwurf des Landeswahlgesetzes, der schon acht ganztägige Sitzungen des Rechts- und Verfassungsausschusses beschäftigt hat und der "demnächst" vom Landtag verabschiedet werden soll. Die Meinungsverschiedenheiten kreisen um den Begriff des "verbesserten Verhältniswahlrechts". Die CSU ist für eine Kombination von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, bei der 100 Abgeordnete in Stimmkreisen bzw. Stimmkreisverbänden mit relativer Mehrheit und 103 Abgeordnete auf Grund von Listen, die die Parteien durch Delegierte der Bezirke aufstellen, gewählt werden sollen. Jeder Wähler soll also zwei Stimmen erhalten. Im Gegensatz zur CSU sind alle anderen Parteien der Meinung, dass eine Kombination beider Wahlsysteme nur ohne Begrenzung der Mandatszahl möglich ist, wenn im Endeffekt das Verhältniswahlrecht gewahrt sein soll, von dem allein die Verfassung spricht.

Bei Schaffung von 100 Stimmkreisen bzw. Stimmkreisverbänden wird deren Einwohnerzahl zwischen 50.000 und 200.000 schwanken. Entsprechend unterschiedlich ist dann auch die Zahl der Stimmb-

rechtigten. Wenn im Durchschnitt fünf Stimmkreisbewerber kandidieren, kann es vorkommen, dass ein Kandidat mit 5.000 Stimmen gewählt wird, während der Bewerber im grössten Stimmkreisverband vielleicht 25.000 Stimmen benötigt, um gewählt zu werden. Die Zuteilung der Sitze an die Wahlkreisbewerber (auch die Stimmkreisbewerber können gleichzeitig, ausser im eigenen Stimmkreis, Wahlkreisbewerber sein), erfolgt innerhalb der einzelnen Wahlvorschläge nach der Zahl der an sie in den Stimm- und Wahlkreisen entfallenden Stimmen. Auch hier sind die Bewerber grosser Stimmkreise im Vorteil.

Mit den vorstehenden Beispielen ist bewiesen, dass das vorgeschlagene Wahlsystem und die Einteilung der Stimmkreise den Bestimmungen des Art. 14, Abs. 1 der Verfassung widerspricht. Auch der Gedanke der "Persönlichkeitswahl" kann, abgesehen von anderen Bedenken, auf diese Weise nie seinen Ausdruck finden.

Die Opposition beruft sich auf die Verfassung, in der ausdrücklich festgelegt ist, dass in Wahl- und Stimmkreisen gewählt wird. Die Wahlkreise werden von den Regierungsbezirken, die Stimmkreise - zur Zeit 263 - von den kreisunmittelbaren Städten und Landkreisen gebildet. Selbst wenn man zugibt, dass diese Bestimmung die Bildung von Stimmkreisverbänden nicht ausschliesst, so kann es sich hierbei nur darum handeln, die zu schaffenden Wahlkreisverbände annähernd gleich gross zu gestalten. Zwingend vorgeschrieben ist, dass in grösseren Städten für je 60.000 Einwohner ein Stimmkreis zu bilden ist. Trotz dieser zwingenden Vorschrift will die CSU auch in den Städten Stimmkreisverbände schaffen. Damit wird entgegen der Verfassung die Einwohnerzahl der städtischen Stimmkreise willkürlich erhöht. Es ist selbstverständlich, dass auf diese Weise bei den Mehrheitswahlen die kleinen Parteien überhaupt nicht zum Zuge kommen. Ein Ausgleich ist auch dann nicht möglich, wenn die restlichen 103 Sitze nach dem Stimmanteil der Parteien verteilt werden, da die Vorwegnahme von 100 Sitzen auf diese Weise nicht ausgeglichen werden kann, besonders wenn etwa eine Partei innerhalb eines Wahlkreises, also eines Regierungsbezirktes, mit relativ geringer Mehrheit sämtliche oder die grösste Zahl der Sitze erhält.

Wir hoffen, dass das letzte Wort über das Landeswahlgesetz noch nicht gesprochen ist, insbesondere auch nicht über die Bestimmungen hinsichtlich Volksbegehren und Volksentscheid, die durch die Schaffung von qualifizierten Mehrheiten eine Landtagsauflösung und eine Änderung der Verfassung unmöglich machen.
(b/1612/2/he)

Verantwortlich: Peter Raunau